Hundertschaften beenden Massenschlägerei in Neukölln

NEUKÖLLN — Nach einem lautstarken Streit am gestrigen frühen (17.40) und dann nochmal späten Abend gegen 22.50 Uhr ist es in Neukölln zu einer Massenschlägerei zwischen 40 Personen zweier Gruppen aus dem Millieu krimineller Großfamilien gekommen.

Anwohner hatten die Polizei verständigt, nachdem es lautstarke Streitigkeiten vor einem Café gegeben hatte.

Erst als alarmierte "Unterstützungskräfte" und Einsatzhundertschaften am Ort des Geschehens eintrafen, gelang es der Polizei, die Lage in den Griff zu bekommen. Die Beamten nahmen einer der Rädelsführer fest, der sich an Hand und Oberschenkel blutende Wunden zugezogen hatte.

Bei der Vernehmung sprang er plötzlich auf und rannte davon. Dabei versuchte er eine Tüte mit Rauschgift loszuwerden. In Höhe der Karl-Marx-Straße gelang es den Polizisten, den Mann zu stellen und erneut festzunehmen.

Über die Hintergründe des Streits gibt es bisher keine verlässlichen Angaben.

BERLIN.JETZT ist ein konzernunabhängies Nachrichtenmedium. Unsere Arbeit wird aus den freiwilligenen Beiträgen unserer Leser als Spende über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 finanziert.

Pazderski (AfD): Migranten verantwortlich für viele Probleme in Berlin

BERLIN — Berlins AfD-Chef Georg Pazderski (67) hat die Zuwanderung als Hauptgrund für Probleme wie Verwarlosung, Wohnungsmangel und fehlende Kita-Plätze in Berlin benannt. Auf dem AfD-Parteitag in Zehlendorf sagte er: "Die Migrationswelle der vergangenen Jahre ist zu einem Gutteil verantwortlich für das, was die Berliner Bürger in ihrem Alltag mit einer wachsenden Stadt verbinden." Die unkontrollierte Armutszuwanderung aus der dritten Welt müsse gestoppt werden.

Migranten stellen ein Drittel der Bevölkerung in Berlin

BERLIN — Jeder dritte Einwohner der deutschen Hauptstadt hat einen Migrationshintergrund. Das belegen Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, die die *Berliner Morgenpost* veröffentlich hat.

Danach leben in Stadtteilen der Bezirke Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg 50 bis mehr als 60 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund. Betrachte man nur die Kinder und Jugendlichen seien die Anteile noch weit höher und reichen bis zu mehr als 80 Prozent.

In "manchen Gegenden des alten West-Berlins" wie in

Charlottenburg, Spandau, Reinickendorf und Tempelhof-Schöneberg wohnen danach mehr als 40 Prozent Menschen, die aus Einwandererfamilien stammen. In den östlichen Bezirken sind deren Anteile dagegen generell viel geringer. In manchen eher dörflichen Ecken, besonders am Stadtrand Berlins, leben fast gar keine Zuwanderer.

Die meisten Einwanderer in Berlin sind türkischer Herkunft, es folgen Araber, Russen und Polen.

Früherer SPD-Senator fordert von Migranten Bekenntnis zu unseren Werten

Berlin — Mit deutlichen Worten hat der frühere Berliner Innensenator (2001-2011) Ehrhart Körting (SPD) zu einer Kurskorrektur in der Asylpolitik aufgerufen. In einem Artikel für die Parteizeitung "Vorwärts" stellt der Politiker klar, dass es für Antidemokraten, Rassisten und Menschen, die Frauenrechte nicht achten, "keine dauerhaften Bleiberechte in Deutschland" geben könne. Die Genfer Flüchtlingskonvention schreibe Migranten vor, die Gesetze des Aufnahmelandes zu achten.

Insbesondere die zunehmenden antisemitischen Angriffe auf Kippaträger in Berlin bereitet Körting Sorgen. Ebenso die sexuellen Übergriffe 2015/2016 in der Silvesternacht in Köln und anderswo.

In dem "Vorwärts"-Beitrag fordert der Sozialdemokrat, der Staat müsse "noch mehr als bisher auf die Lebenskultur der Zuwanderer achten". Sprache und soziale Integration reichten allein nicht aus, um Menschen zu integrieren. Körting weiter: "Deutsche Sprache sprechen auch Höcke, Gauland und Weidel. Ihr Gedankengut ist trotzdem erschreckend."

Die Einbürgerung von Migranten müsse von "einem glaubhaften inhaltlichen Bekenntnis des Einbürgerungsbewerbers zu unseren Werten" abhängig sein. Umfangreiche Prüfungen sollten zeigen, ob Migranten "unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat wirklich wollen."

Hochzeitscorso mit Schüssen in Berlin

Berlin — Ein sogenannter "Hochzeitscorso" mit einem dutzend Autos raste gestern von der Potsdamer zur Leipziger Straße. Dabei wurden aus Autos mehrere Schüsse in die Luft abgefeuert.

Die Polizei konnte die Wagen kurz darauf stoppen und 31 Beteiligte überprüfen. Dabei — so die Polizei — wurden Gegenstände gefunden, "die nicht in das Bild einer feiernden Hochzeitsgesellschaft passen". Darunter befanden sich zwei Baseballschläger, eine Sturmhaube, Pfefferspray und Schreckschussmunition. Die Schusswaffe blieb verschwunden. Verletzt wurde niemand. Den Verkehrsrowdies droht nun eine Anzeige wegen Gefährdung des Straßenverkehrs.

Buntes Deutschland: Schafe im Park gegrillt

Berlin — Die Polizei löste am Sonntag auf einer Grillwiese am Berliner Bunkerberg eine ungewöhnliche Grillparty auf. Bei herrlichen Sommertemperaturen feierten etwa 150 Migranten aus Bosnien-Herzegowina den "Georgstag", ihren orthodoxen Feiertag. Dabei grillten sie auf Elektrogrills, angetrieben von Autobatterien, zwölf Schafe, die sie zuvor bei einem Händler im Wedding gekauft hatten. Gegenüber der Polizei gaben sie an, dass sie das seit zehn Jahren alljährlich so machen. Die Polizei löste die Veranstaltung auf, wobei sich die Gäste "kooperativ" zeigten. Ihnen droht nun ein Bußgeld von bis zu 5.000 Euro.

An 158 von 359 Grundschulen Migrantenkinder in der Mehrheit

Berlin — An fast der Hälfte der Berliner Grundschulen sitzen mehr als 50 Prozent Schüler im Unterricht, die einen Migrationshintergrund haben. Das geht aus einer Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Herbert Mohr hervor. Danach sind an 158 von 359 Grundschulen Migranten in der Überzahl. An 27 Grundschulen beträgt der Migrantenanteil sogar 90 Prozent und mehr, bei 39 weiteren liegt der Anteil zwischen 75 und 90 Prozent.

Wenig überraschend: Die meisten Grundschüler ausländischer Herkunft werden an Schulen in Mitte und Neukölln unterrichtet. In beiden Bezirken gibt es jeweils zehn Grundschulen, in denen der Migrantenanteil über 90 Prozent beträgt.

Nach Auffassung des Abgeordneten Mohr zeige die Statistik, dass die Kapazitäten zur Aufnahme weiterer Migrantenkinder erschöpft seien. Ein geregelter Unterricht sei an vielen Schulen nur noch schwer möglich.